

Handelsblatt

DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Goldrally

Warum Investoren auf weiter steigende Preise wetten. **S. 34**

Machtkampf in Italien

Lega-Chef Salvini hat einen neuen Gegenspieler: Premier Conte wehrt sich. **S. 6**

Umbau des Imperiums

Warum Lidl sein Geschäftsmodell verändern will. **S. 44**

G 02531 NR. 153

MONTAG, 12. AUGUST 2019

PREIS 3,10 €



Michael Kretschmer (l.) mit Horst Seehofer:
Der Innenminister verspricht den Ministerpräsidenten Hilfe.



imago/Robert Michael

Weckruf der Absteiger

Mehrere Ministerpräsidenten schlagen Alarm: Der Bund muss mehr gegen das wirtschaftliche Gefälle im Land tun. Innenminister Seehofer verspricht Hilfe.

Deutschland teilt sich immer mehr in Arm und Reich. Jede fünfte Region droht wirtschaftlich den Anschluss zu verlieren. Nach diesem erschreckenden Ergebnis einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln gehen die betroffenen Ministerpräsidenten in die Offensive. „Der Befund ist klar: In kaum einem Land in Europa sind die wirtschaftlichen Unterschiede so groß wie in Deutschland“, sagte Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) dem Handelsblatt. „Wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem.“ Seit Jahren werde über Reallabore, Testfelder oder Experimentierklauseln diskutiert, aber kaum etwas davon werde großflächig umgesetzt. Kretschmer schlägt daher die Einführung von Sonderwirtschaftszonen vor. „Wir sollten es Regionen, die unterhalb von 80 Prozent des durchschnittlichen Bruttoinlandsprodukts liegen, ermöglichen, von bestimmten Regeln abzuweichen.“

19 REGIONEN

in Deutschland drohen laut einer Studie den Anschluss zu verlieren. Politiker aus den betroffenen Ländern fordern endlich Taten statt Worten, um die Ungleichheiten abzubauen.

Quelle: IW Köln

Auch der saarländische Ministerpräsident Tobias Hans (CDU) hat präzise Vorstellungen, was geschehen muss: „Ich erwarte ganz klar, dass der Bund unsere bisherigen Bemühungen stärker unterstützt. Gleichwertige Lebensverhältnisse sind im Hinblick auf das Saarland ohne eine zügige Unterstützung bei den restlichen Altschulden unserer Kommunen kaum zu erreichen.“ Auch könne die Bundesregierung in strukturschwachen Regionen wie dem Saarland mehr Bundeseinrichtungen ansiedeln.

Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) stellt den Ministerpräsidenten Hilfe in Aussicht. „Zusammen mit den Ländern arbeiten wir an einer fairen Lösung für die Entlastung für Kommunen von ihren Altschulden“, sagte er dem Handelsblatt. Er strebe ein „gesamtdeutsches Fördersystem an, um strukturschwache Regionen noch gezielter zu fördern“. M. Greive, S. Kersting, G. Waschinski
> Schwerpunkt Seiten 4, 5, 14

Firmen setzen auf Auslandsbanken

Exklusive Studie: Internationale Geldhäuser wachsen in Deutschland am schnellsten.

Ausländische Banken gewinnen bei deutschen Unternehmen an Attraktivität. Institute wie ING, HSBC und Citi haben das Volumen der Kredite an deutsche Firmen in diesem Jahr so stark gesteigert wie keine andere Bankengruppe. Das zeigt eine Studie der Investmentbank FCF Fox Corporate Finance, die dem Handelsblatt exklusiv vorliegt. Demnach wuchs das Kreditvolumen von Auslandsbanken im ersten Quartal 2019 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um rund

13 Prozent. Das durchschnittliche Wachstum der Branche lag nur bei knapp sechs Prozent. Damit stieg der Marktanteil ausländischer Institute von 8,7 Prozent im Jahr 2014 auf rund elf Prozent. Selbst große US-Banken, die sich bislang vor allem auf die Dax-Konzerne beschränkt hatten, steigen ins breite Kreditgeschäft ein: „Die haben aufgrund des viel besseren Zinsumfelds in den USA und der weniger starken regulatorischen Belastungen immense Ertragsvorteile

und spielen diese im Wettbewerb auch aus“, sagt Peter Schneider, Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg. Nach Einschätzung von Raimund Röseler, oberster Bankenaufseher der Finanzaufsicht Bafin, sei das Engagement der Auslandsbanken kein vorübergehendes Phänomen: „Zum Teil halten sie den Mittelstand für attraktiv, zum Teil wollen sie ihr Einlagengeschäft ausbalancieren.“ Y. Osman, F. Holtermann
> Bericht Seite 30

Kurz notiert

Dax 11 693,80 -1,28 %	E-Stoxx 50 3 333,74 -1,23 %
Dow Jones 26 287,44 -0,34 %	S&P 500 2 918,65 -0,66 %
Gold 1 492,31 \$ -0,58 %	Euro/Dollar 1,1200 \$ +0,18 %

Stand: Schlusskurse Freitag

■ Lindner droht beim Soli-Abbau mit Verfassungsklage: Dem FDP-Chef reicht der Gesetzentwurf von Finanzminister Olaf Scholz (SPD), mit dem der Solidaritätszuschlag für 90 Prozent der Zahler vollständig entfallen soll, nicht aus. Scholz müsse „mindestens einen Pfad aufzeigen, wie die ehemals befristete Ergänzungsabgabe für alle und komplett entfällt“, sagte Lindner dem Handelsblatt. Sonst werde seine Partei bis nach Karlsruhe klagen. **Seite 8**

■ Begehrte Privatpatienten: Ohne Privatversicherte würden dem Gesundheitssystem gut 13 Milliarden Euro jährlich fehlen. So hoch ist laut einer Studie der Mehrumsatz, den Privatpatienten durch höhere Arzthonorare und teurere Therapien generieren. **Seite 12**

■ Weg von der Werkbank China: Die Löhne im Reich der Mitte steigen seit Jahren kräftig, nun sorgt der Handelskonflikt mit den USA für zusätzliche Verunsicherung. Die Elektronikhersteller suchen daher zunehmend Alternativen zum Fertigungsstandort China. So denkt der Apple-Partner Foxconn offenbar über den Verkauf eines milliardenteuren Werks für Bildschirme nach. **Seite 16**

■ Zuversicht bei Daimler: Nach zwei Gewinnwarnungen mehr sehen sich die Zeichen, dass die Geschäfte des Mercedes-Herstellers allmählich wieder besser laufen. Mit dem steigenden Absatz wächst auch das Selbstvertrauen wieder – aber auch die Liste nötiger Sparmaßnahmen wird länger. **Seite 18**

■ Neue Börse für Privatanleger: An diesem Montag startet in Frankfurt die neue europäische Handelsplattform „Spectrum“. Die Plattform bietet den Handel mit strukturierten Produkten an und will den Platzhirschen Deutsche Börse und Börse Stuttgart künftig Marktanteile im Geschäft mit privaten Investoren abnehmen. **Seite 32**



Stefan Bönnes / VISUM

Belgien, Luxemburg, Niederlande u. Österreich: 3,70 €
Frankreich: 4,10 € / 4,50 € Großbritannien
3,70 GBP / 3,90 GBP Schweiz: 5,80 CHF / 6,20 CHF
Polen: 22,90 PLN / 23,90 PLN

Monatsabonnement:
Handelsblatt Print: 66,70 Euro
Handelsblatt Print + Premium: 76,69 Euro
www.handelsblatt.com/angebot

Handelsblatt GmbH Kundenservice
Tel. 0800-223310
kundenservice@handelsblatt.com

1 0 0 3 3
4 1 9 0 2 5 3 1 0 3 1 0 1

Handelsblatt